

Politische Folge- und Kritikbereitschaft der Deutschen

Westle, Bettina

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Westle, B. (1997). Politische Folge- und Kritikbereitschaft der Deutschen. *ZUMA Nachrichten*, 21(41), 100-126. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-208372>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

POLITISCHE FOLGE- UND KRITIKBEREITSCHAFT DER DEUTSCHEN

BETTINA WESTLE

Vertrauen hat in den Sozialwissenschaften in letzter Zeit erheblich an Beachtung gewonnen. Nicht selten erfolgt dabei eine wenig reflektierte Übertragung von Funktionen und Mechanismen des sozialen Kapitals auf die politische Sphäre. Politisches Vertrauen wird kurzerhand zum Schlüssel funktionsfähiger Demokratie stilisiert. In dem vorliegenden Beitrag werden einige ausgewählte Probleme dieser Übertragung theoretisch und empirisch analysiert. Dabei zeigt sich, daß zwischen sozialem und politischem Vertrauen und insbesondere zwischen Vertrauen/Mißtrauen als Kategorien politischer Unterstützung und Vertrauens- sowie Mißtrauensbereitschaft als Kategorien politischer Tugendnormen schärfer unterschieden werden sollte.¹⁾

Social trust has gained increasing importance as a category in the social sciences. Assumptions and empirical findings on the functions and mechanisms of social trust are often directly transferred to political trust. Political trust is then seen as central to the functioning of democracy. This paper analyzes some problems of this transfer. It demonstrates that a clear distinction is needed between social and political trust. Even more importantly, a distinction must be made between political trust as a category of political support and the willingness to trust and distrust as political norms of the ideal citizen.

1. Theoretische Überlegungen zur Rolle von Folge- und Kritikbereitschaft in der Demokratie

"Vertrauen ist überhaupt nur möglich, wo Wahrheit möglich ist" - so Luhmann in seinem bekannten Werk über Vertrauen (1973: 56). Nun lernt allerdings der Student der Politikwissenschaft schon im ersten Semester, demokratische Politik habe wenig mit Wahrheit zu tun - Wahrheit sei nicht das Medium der Demokratie. Vielmehr gründeten die demokratischen Kernprinzipien der Mehrheitsentscheidung und des Minderheitenschutzes gerade im Gegenteil auf der Einsicht, daß die Erkenntnis verbindlicher Wahrheiten dem politischen Willen verwehrt sei, politische Wahrheit verborgen bleibe. Allenfalls könne es in der Demokratie um subjektive und revidierbare Wahrheiten gehen.

Ist politisches Vertrauen daher eine Schimäre? Bei Luhmann scheint es fast so. Denn der "Methapher vom Staatsvertrag" entspräche keine Wirklichkeit, weil die demokratische Wahl keine Interessenvertreter hervorbringe, sondern "Gemeinwohlvertreter", welche souveräne Entscheidungsgewalt beanspruchen. Einem Souverän aber könne man nicht vertrauen. Dennoch kann auch Luhmann Vertrauen aus der demokratischen Politik nicht völlig wegdenken. So bleibt seine Schlußfolgerung zu der contra-theoretischen Existenz politischen Vertrauens in der Demokratie auch wenig erhellend, wenn er schreibt: "Jedenfalls ist der Zusammenhang der Einrichtungen der politisch-demokratischen Repräsentation des Volkes, durch die das Vertrauenserfordernis operationalisiert werden sollte, mit den wirklich Vertrauen aufbauenden Prozessen noch dunkel" (1973: 59, 60).

Obwohl in dieser Perspektive systemfremd und undurchschaubar, gilt in einer anderen Perspektive politisches Vertrauen gerade im Gegenteil als dem demokratischen System und nur ihm notwendig inhärentes und unverzichtbares Merkmal. Die wichtigsten Gründe dafür führen bspw. Gamson (1971) und Citrin (1974) an:

Erstens könne Vertrauen nur auf freiwilliger Basis geschenkt werden. Vertrauen und Folgebereitschaft seien mithin Kategorien, die nicht für politische Zwangssysteme gelten könnten, sondern nur für freiheitliche Systeme, also - trotz all ihrer Defizite - am ehesten in der Demokratie zum Tragen kämen.

Zweitens sei die Bereitschaft, den politischen Akteuren einen Vertrauensvorschuß zu gewähren, unerlässlich gerade für den Typus der repräsentativen Demokratie. Der Transfer politischer Entscheidungsbefugnis wäre ohne solches Vertrauen nicht möglich. Nur durch diesen Vertrauensvorschuß könne auf der einen Seite die Handlungsfreiheit und -fähigkeit der politischen Entscheidungsträger gesichert werden. Umgekehrt bilde auf der anderen Seite - hier wiederum ganz im Gegensatz zu Luhmann - gerade die Verpflichtung der politischen Entscheidungsträger auch auf das Gemeinwohl erst die Grundlage für die Vertrauens- und Folgebereitschaft der Bürger. Pure Interessenpolitik durch die gewählten Volksvertreter müsse dagegen das Vertrauen und die Folgebereitschaft der in Wahlen unterlegenen Minderheit untergraben. Danach bedarf folgerichtig die - wenn auch nur theoretisch denkbare - direkte Demokratie systemimmanent aufgrund der unmittelbaren Identität von Regierten mit Regierenden der Kategorien des politischen Vertrauens und Folgebereitschaft überhaupt nicht.

Auch außerhalb des politischen Kontextes wird dem Vertrauen eine Vielzahl positiver Funktionen zugeschrieben. So gilt Vertrauen nicht nur als ein in einer zunehmend risikobehafteten Umwelt notwendiger Mechanismus zur Reduktion von Komplexität, sondern auch als wesentlicher Integrationsfaktor, der die Gesellschaft zusammenhält sowie als aktivierbare Handlungsressource in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen

(Coleman 1988), von der Moral (Uslaner 1996) bis hin zur Ökonomie (Fukuyama 1995).²⁾ Um Vertrauen als Aspekt sozialen Kapitals rankt sich, ausgehend vom amerikanischen Kontext, inzwischen eine breite Diskussion (für Überblicke auch zur "grauen" Literatur s. Haug 1997a,b), die sich auch im europäischen Kontext zunehmend in Tagungen, Forschungsprojekten und Publikationen niederschlägt, (so bspw. die Mailänder Konferenz zu Sozialem Kapital und Europäischer Demokratie, der 28. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden, vgl. Tagungsberichte in KZfSS 1997/H.1, Kaase 1996, van Deth 1997).

Die innerhalb der Diskussion zu sozialem Kapital primär auf soziales oder horizontales Vertrauen bezogenen Annahmen werden allerdings nicht selten unhinterfragt auf den politischen Bereich und damit auch auf vertikales Vertrauen und Folgebereitschaft übertragen. Beispiele dafür finden sich vor allem bei den Kommunitaristen unter Rekurs auf Tocqueville, aber auch schon bei Almond/Verba (1963) und Inglehart (1989) bis hin zu Putnam (1992, 1993, 1995) und Sztompka (1995). Vertrauen und Folgebereitschaft gelten in all diesen Ansätzen als notwendige Funktionsvoraussetzung der Demokratie und mithin als bürgerliche Tugenden.

Solche Übertragung unterliegt jedoch einigen Kurzschlüssen, nämlich:

1. der Annahme einer Generalisierung von Vertrauen bzw. Mißtrauen,
2. der Annahme einer symmetrischen Polarität von Vertrauen und Mißtrauen,
3. einer Konfusion oder Gleichsetzung von politischem Vertrauen mit demokratieförderlicher Vertrauens- bzw. Folgebereitschaft als Tugend und einer spiegelbildlichen Gleichsetzung von Mißtrauen mit demokratiehemmender Kritikbereitschaft,
4. mit vorangenanntem verknüpft, einer Einseitigkeit der Tugendnormierung sowie schließlich
5. einer fehlenden Differenzierung der Objekte politischen Vertrauens und Mißtrauens bzw. Folge- und Kritikbereitschaft.

Im folgenden werden zunächst diese Probleme illustriert und die formulierten Zweifel begründet. Daran anschließend werden nach einem kurzen Überblick zur Operationalisierung von Folge- und Kritikbereitschaft empirische Befunde zu den normativen Vorstellungen der Deutschen über ihre Rolle als politische Akteure beschrieben.

1.1 Zur Generalisierung von Vertrauen bzw. Mißtrauen

Sozialem Vertrauen wird häufig eine Tendenz zur Generalisierung auf alle Lebensbereiche zugesprochen. So ist bspw. in Tocquevilles Modell der bürgerlichen Gesellschaft (1835/40, 1968) die Annahme impliziert, daß Vertrauen hoch generalisiert sei, sich quasi automatisch gleichermaßen auf die Mitbürger wie auf die Politiker erstreckte (vgl. auch

Newton 1996). Almond/Verba (1963, 1980) sowie Inglehart (1989) betrachten soziales Vertrauen als Voraussetzung des politischen Vertrauens. Diese Schlußfolgerung ziehen Almond/Verba vor allem aus dem gleichzeitigen Anstieg sozialen Vertrauens und politischer Unterstützung in der alten Bundesrepublik. Inglehart stützt diese Annahme auf international vergleichende Aggregatdaten, die eine Parallelität sozialen Vertrauens und ökonomischen Wohlstands zeigen, der seinerseits als Vorbedingung politischer Unterstützung der Demokratie gesehen wird. Putnam (1992) beobachtet in Norditalien ein Vorherrschen von sozialem Vertrauen, ökonomischer Prosperität und politischer Zufriedenheit. In Süditalien dominiere dagegen soziales Mißtrauen, ökonomische Rückständigkeit und politische Unzufriedenheit. Daraus folgert er, daß soziales Vertrauen eine wesentliche Bedingung politischen Vertrauens und funktionsfähiger Demokratie sei. Schließlich stellt Sztompka (1995) in seiner Theorie des Vertrauens explizit die These auf, es gäbe eine massive Tendenz zur Generalisierung von Vertrauen oder aber Mißtrauen auf alle Lebensbereiche, insbesondere des sozialen auf den politischen. Diese Tendenz artikuliere sich in der Entwicklung regelrechter Vertrauens- oder aber Mißtrauenskulturen. Entsprechend sieht er das stark verbreitete soziale Mißtrauen auch als wesentlichen Grund für die geringe politische Unterstützung der Transformation in Osteuropa.

Diese behauptete Tendenz zur Generalisierung sozialen Vertrauens auf politisches Vertrauen kann allerdings sowohl theoretisch als auch empirisch bezweifelt werden.

Theoretisch ist nicht plausibel, daß horizontales und vertikales Vertrauen auf denselben Ursachen beruhen oder denselben Prozessen unterliegen sollte. Wenn aber soziales Vertrauen - wie in Ansätzen des sozialen Kapitals angenommen - wesentlich mit der Norm der Gegenseitigkeit sowie der Sanktionsmöglichkeit im Fall von Vertrauensmißbrauch verknüpft ist und als Grundlage dessen relativ geschlossener Netzwerke bedarf, dann gelten diese Bedingungen - wenn überhaupt - allenfalls in sehr abgeschwächter, vermittelter und für den Bürger im Hinblick auf die Politik nur schwach wahrnehmbarer Form.

Empirisch lassen sich ebensoviele Fälle einer Konvergenz wie einer Divergenz von sozialem und politischem Vertrauen nachweisen. So hat bspw. das politische Vertrauen und die politische Unterstützung nicht nur im gegenwärtigen Deutschland, sondern auch in einer Vielzahl anderer europäischer Staaten deutlich abgenommen, während das soziale Vertrauen Stabilität zeigt. Auf Individualebene schließlich findet sich überhaupt kein systematischer Zusammenhang zwischen sozialem und politischem Vertrauen (Westle 1996; Kaase 1996).

1.2 Zum Verhältnis von Vertrauen und Mißtrauen

Vertrauen und Mißtrauen werden im allgemeinen - ebenso wie die damit verknüpfte bzw. davon nicht unterschiedene Vertrauens- und Mißtrauensbereitschaft - als unvereinbare Gegensätze betrachtet, also als symmetrisch konvertible Pole desselben Phänomens; das heißt, die Negation der Definition des einen Pols bildet gleichzeitig die Definition des anderen Pols.

Dies kommt sowohl in Putnams spiegelbildlicher Beschreibung der Civil Society Norditaliens und der Non-Civil-Society Süditaliens als auch in Sztompkas Skizze einer Vertrauens- versus einer Mißtrauenskultur zum Ausdruck. Die Civil-Society bzw. die Vertrauenskultur seien in politischer Hinsicht gekennzeichnet durch Gemeinwohlorientierung, politische Toleranz und Kompromißfähigkeit, Gesetzestreue und ausgeprägte Bereitschaft zu politischem Engagement bei starkem politischen Vertrauen und politischer Zufriedenheit. Die Non-Civil-Society bzw. die Mißtrauenskultur liest sich wie eine Negativfolie: Als Folge sozialen Mißtrauens zeige sich der Bürger hier nur an eigenen Interessen orientiert, wenig gesetzestreu, politisch intolerant, kompromißunfähig und gewaltbereit. Eine ausgeprägte Sehnsucht nach einer autoritären Führerfigur und staatlicher Repressionsmacht gingen einher mit erheblichem politischen Mißtrauen und Unzufriedenheit, politischer Apathie und Entfremdung. Politische Aktivität gäbe es allenfalls in Form anti-systemischen Protests.

Verweise darauf, daß es sich bei politischem Vertrauen und Mißtrauen sowie - das ist vorläufig immer mitzudenken, der damit assoziierten Folge- und Kritikbereitschaft - um asymmetrische Phänomene handeln könnte, sind dagegen mit der Lupe zu suchen. So mußte bspw. auch laut Konferenzbericht zum diesjährigen Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie ein derartiger Hinweis erst aus dem Publikum kommen - blieb allerdings, häufiges Schicksal von Publikumseinwürfen, ohne weitere Folgen für die Debatte (vgl. Brosziewski 1997: 181). Im Fall einer asymmetrischen Relation, einer nicht-konvertiblen Polarität reicht die Negation der Definition des einen Pols aber nicht zur Definition des anderen Pols aus. Diesen Fall sieht Luhmann nun für die Phänomene des Vertrauens und Mißtrauens gegeben. So nimmt er an, daß Mißtrauen nicht nur das Gegenteil von Vertrauen, sondern mehr sei. Dieses "Mehr" sieht er darin, daß Mißtrauen ein funktionales Äquivalent für Vertrauen sein könne - nämlich im Hinblick auf die Reduktion von Komplexität. Allerdings sei es dem Vertrauen deutlich unterlegen, und im konkreten Einzelfall würden sich Vertrauen und Mißtrauen doch wieder ausschließen. Eine mögliche Gleichzeitigkeit von Vertrauen und Mißtrauen formuliert er ausschließlich für die Systemebene, sieht sie aber als unmöglich auf Individualebene an: Ein System mit höherer Komplexität, das mehr Vertrauen braucht, benötige nämlich zugleich auch mehr

Mißtrauen - allerdings müsse dies bspw. in Form von Kontrollen und Rollen institutionalisiert werden, um nicht überhand zu nehmen (1973: 78-85).

Nun könnte man zwar in Übertragung dieser Überlegungen auf das politische System - anders als von Luhmann beabsichtigt - in der demokratischen Möglichkeit der Abwahl durchaus eine solche Institutionalisierung des Mißtrauens sehen. Jedoch ist das Inkrafttreten, die Wirksamkeit dieser institutionellen Vorkehrung nicht vorstellbar ohne die vorgängige Existenz nicht-institutionalisierten Mißtrauens bzw. nicht-institutionalisierter Mißtrauens-, Kritik- und Oppositionsbereitschaft auf Seiten des Bürgers. Mit anderen Worten, zugespitzt: Würde in einer Demokratie nur Folgebereitschaft und politisches Vertrauen existieren, jegliche Kritikbereitschaft und Mißtrauen dagegen fehlen, könnte es nie zu einem Regierungswechsel kommen; Demokratie wäre damit eigentlich überflüssig. Sofern man dieser Behauptung einige Plausibilität abgewinnen kann, sollte auch der folgende, dritte Kritikpunkt deutlich werden.

1.3 Gleichsetzung von politischem Vertrauen mit Vertrauens- und Folgebereitschaft und politischem Mißtrauen mit Mißtrauens- bzw. Kritikbereitschaft

Die unter politikwissenschaftlicher Perspektive entscheidende Krux in der Debatte besteht darin, daß nicht klar zwischen Vertrauen einerseits und Vertrauensbereitschaft andererseits bzw. Mißtrauen und Mißtrauensbereitschaft unterschieden wird. Vielmehr wird aus der Beschreibung von Vertrauens- versus Mißtrauenskulturen nicht nur auf Merkmale der funktionsfähigen Demokratie geschlossen, sondern diese werden unter der Hand auch zu Merkmalen des idealen Bürgers, zu Tugendnormen, stilisiert.

So zählt in Tocquevilles Modell neben den Normen der Moderatheit und Gegenseitigkeit auch zentral das politische Vertrauen als bürgerliche Tugend (1968). Ebenso wird bspw. bei Putnam politisches Vertrauen zu einer Tugend des idealen Bürgertypus (1992). Sztompka expliziert den prozessualen Aspekt: Sichtbares Vertrauen oder aber Mißtrauen entwickle sich zur normativen Erwartung, zum Bestandteil der sozialen und der politischen Kultur. Es müsse mithin in allen Handlungen demonstriert werden, da Abweichungen sanktioniert würden. Das heißt, in einer Mißtrauenskultur gälte politisches Vertrauen als leichtfertig und naiv, in einer Vertrauenskultur dagegen politisches Mißtrauen als destruktiv. Allerdings unterscheidet Sztompka dann nicht mehr zwischen der Artikulation von Vertrauen und Vertrauen als Norm. Vielmehr ist auch für ihn, da politisches Mißtrauen in der Tat destruktiv sei, politisches Vertrauen eine Bürgertugend, Mißtrauen dagegen eine Untugend (1995). Schließlich wird in einer älteren Studie Snidermans zur Systemloyalität in den USA (1981) die Gleichsetzung politischer Unterstützung mit der Bereitschaft dazu auch auf operationaler Ebene deutlich, wenn er aus der Anzahl positiver

versus negativer Urteile zur amtierenden Regierung auf die der Demokratie optimal zuträgliche geistige Verfassung des Bürgers schließt.

Diese Normierung politischen Vertrauens als Tugend beruht jedoch auf einer problematischen Vermischung von Realitätsbeurteilungen und Verhaltensdispositionen: Die Artikulation politischen Vertrauens oder Mißtrauens ist kein Charakteristikum des Bürgers, sondern eine Reaktion auf aktuelle oder vorgängige positive oder negative Erfahrungen mit der Politik. Insofern handelt es sich hierbei um ein external bedingtes Phänomen, um eine Form politischer Unterstützung. In dieser Hinsicht sind politisches Vertrauen und Mißtrauen keineswegs funktional äquivalent, sondern erfüllen gegensätzliche Funktionen, nämlich entweder Bestätigung oder Abwahl der amtierenden Herrschaftsträger, Unterstützung oder aber Unterstützungsentzug im Hinblick auf bestimmte Institutionen oder Normen des politischen Systems. Hier handelt es sich also in der Tat um einander ausschließende, symmetrisch konvertible Pole desselben Phänomens. Eine eventuelle politische Tugend muß jedoch keineswegs identisch mit external bedingten Realitätsbeurteilungen sein. Vielmehr dürfte es sich dabei um internalisierte normative Vorstellungen zur Rolle des Bürgers in der Demokratie handeln, also um Dispositionen, die sich in einer grundsätzlichen Bereitschaft zu Vertrauen oder Mißtrauen oder - breiter gefaßt - in Folge- und Kritikbereitschaft niederschlagen. Politische Folgebereitschaft muß daher keineswegs identisch mit positiven, politische Kritikbereitschaft nicht identisch mit negativen Urteilen zum politischen System sein. Vielmehr ist denkbar, daß beide Aspekte auseinanderklaffen, also bspw. trotz grundsätzlicher Folgebereitschaft aufgrund der wahrgenommenen Realverfassung des politischen Systems negative Urteile dominieren oder umgekehrt trotz grundsätzlicher Mißtrauens- und Kritikbereitschaft eine positive Sicht des politischen Systems besteht.

Versteht man Vertrauens- bzw. Folgebereitschaft und Mißtrauens- bzw. Kritikbereitschaft nunmehr als von Realitätsurteilen konzeptuell getrennte normative Vorstellungen zur Rolle des Bürgers in der Demokratie, muß es sich dabei zudem nicht notwendig um ein symmetrisches Phänomen, ja nicht einmal um eine Polarität handeln. Vielmehr können beide - so die Gegenthese - durchaus in ein- und derselben Kultur sowie intraindividuell koexistieren.

Mit dieser Differenzierung zwischen Vertrauen und Vertrauensbereitschaft sowie Mißtrauen und Mißtrauensbereitschaft liegen gute Gründe dafür vor, die Bereitschaft zu politischem Mißtrauen nicht per se als politische Untugend, sondern gerade im Gegenteil als politische Tugend zu betrachten. So entspricht die Vorstellung eines fraglosen, blinden Vertrauens und umfassender Folgebereitschaft weitgehend dem Typus des politischen Untertanen. Zum Selbstverständnis des Bürgers einer demokratischen Teilhabekultur in

der repräsentativen Demokratie muß jedoch auch eine Bereitschaft zur Wachsamkeit und Kritik gegenüber der Politik zählen. Gerade in dieser Perspektive könnte sich - unabhängig vom Vorliegen positiver oder negativer Erfahrungen und Urteile zur aktuellen Politik - statt des Vertrauens die Bereitschaft zu politischem Mißtrauen als Tugend in den Vordergrund schieben. Dies wäre aber mithin weniger als Krisenindikator, denn vielmehr als Facette der Entwicklung hin zu demokratisch selbstbewußteren, politisch wachernen und potentiell aktiveren Bürgern zu deuten, wie sie in Modellen der Partizipationsdemokratie vorgestellt werden (vgl. Westle 1989; Döring 1990).

1.4 Einseitigkeit versus Balance als Tugenden

Sowohl die Untertanenkultur als auch die reine Partizipationsdemokratie gelten aber vielen weder als normative Idealtypen noch als empirisch einlösbare Modelle. Vielmehr finden sich von unterschiedlichen Perspektiven her Ansätze, den Gegensatz zwischen rein repräsentativen und rein partizipationsorientierten Demokratiemodellen auch auf der Ebene der politischen Kultur zu entschärfen und ihrerseits normative Modelle des idealen Bürgertypus zu formulieren.

Dazu gehört bspw. im Ansatz der politischen Kultur die Vorstellung der "civic culture" (Almond/Verba 1963). Verwandt mit dieser Vorstellung einer moderaten Partizipationskultur, aber weniger "ängstlich" vor einer kritischen Bürgerschaft ist auch der Ansatz Wrights, in dem ein Gleichgewicht von "supportive, assentive and dissentive orientations and the resources going with them" als stabilitätsrelevant für die Demokratie qualifiziert wird (1976: 259). Ähnlich sieht auch Sniderman (1981) balancierte Kombinationen von "allegiance" und "alienation" als demokratieförderlich an, während einseitige Haltungen der Demokratie abträglich seien.

Zu fragen ist also, ob nicht gerade in der Gleichzeitigkeit von politischer Vertrauens- und Mißtrauensbereitschaft ein demokratisches Optimum liegen könnte.

1.5 Mangelnde Differenzierung der Objekte des politischen Systems

In bezug auf die deutsche Entwicklung hat Kielmannsegg (1990) die vorne vermutete Fortschrittlichkeit einer Zunahme von politischer Mißtrauensbereitschaft infrage gestellt und dabei eine wichtige, bislang in der Debatte unzureichend berücksichtigte Differenzierung eingeführt. So vermutet er, der allgemeine Wertwandel habe zwar zu politisch wachernen Bürgern geführt, sei jedoch gleichzeitig mit der Entwicklung eines überzogenen Mißtrauens in jegliche institutionalisierte Autorität einhergegangen. Zu befürchten sei, daß in den betreffenden Bevölkerungsteilen die kritische Grenze nicht zwischen Performanz der Herrschaftsträger einerseits und demokratischen Werten und Institutionen andererseits verlaufe, sondern zwischen Herrschaftsträgern und Institutionen versus demokra-

tischen Werten. Gerade in den politisch selbstbewußten und aktivitätsbereiten Teilen der Bürgerschaft herrsche eine besonders schwach entwickelte Bereitschaft zur Akzeptanz politischer Regeln. Hintergrund dieser Kritik ist nun wiederum die Vorstellung, daß ein reifes Demokratieverständnis nicht in dem Ideal politischer Partizipation per se zu sehen sei. Vielmehr wird als Ideal das verantwortliche politische Handeln formuliert. Dazu gehöre neben politischer Toleranz auch die Einsicht in die Korrespondenz demokratischer Rechte und Pflichten. In diesem Zusammenhang wird dann auch zutreffend ein Defizit der Umfrageforschung zu den Themen des politischen Verantwortungsbewußtseins und demokratischer Tugenden und Pflichten beanstandet. Damit ist, ähnlich wie bei Sniderman und im Typus der civic culture, ein Staatsbürgerideal angesprochen, bei dem sich Folge- und Kritikbereitschaft die Waage halten und Bereitschaft zu politischer Aktivität und Übernahme politischer Verantwortung ohne Aktivismus besteht. Dabei wird aber, äquivalent zu Eastons Modell politischer Unterstützung (1965), ein weiterer, bislang im Kontext des politischen Tugenddiskurses nicht systematisch berücksichtigter Aspekt in die Debatte eingeführt, der nahelegt, auch in bezug auf die Fragen von Folge- und Kritikbereitschaft zwischen der Ebene der Herrschaftsträger und der Institutionen sowie der Werte der politischen Ordnung zu unterscheiden.

Schließlich kann darüber hinaus aber auch für die dritte, zumeist theoretisch wie empirisch vernachlässigte Easton'sche Systemebene, die politische Gemeinschaft, eine unmittelbare Verbindungslinie zu diesen normativen Vorstellungen über einen demokratischen Idealtypus gezogen werden: So implizieren die meisten Konzepte eines "übersteigerten Nationalismus" oder blinden Patriotismus den Bürgertypus des klassischen Untertanen, dem fragloses politisches Vertrauen und unbedingter Gehorsam als wesentliche Tugenden gelten. Diesem Typus inhärent ist auch, daß seine Folgebereitschaft sich primär auf die Inhaber politischer Herrschaft richtet und mit einem starken Verpflichtungsgefühl gegenüber der nationalen Gemeinschaft gekoppelt ist, seine Orientierungen gegenüber der politischen Ordnungsform jedoch eher parochiale Charakteristika aufweisen. Demgegenüber postulieren Ansätze eines "konstruktiven Patriotismus" als Ideal ein Verpflichtungsgefühl gegenüber der nationalen Gemeinschaft in ihrer spezifischen demokratischen politischen Verfaßtheit. Loyalität gegenüber der Nation gilt diesem Typus nur dann als Tugend, wenn die nationale Einheit den demokratischen Anspruch erfüllt. Dem entspricht als Pendant die Verpflichtung des bewußten Staatsbürgers, zur Erfüllung des demokratischen Anspruchs in der Nation beizutragen; (zur Literatur vgl. im Überblick Westle 1996). Aus diesem Verständnis demokratischen Patriotismus folgt, bedingungslose Treue zur Nation und ihren politischen Repräsentanten gerade nicht als demokratische Tugend zu betrachten, sondern der Bindung an die demokratische Idee gleichermaßen die Bereitschaft zur Kritik und Beseitigung eventueller Defizite in der Realität des politischen

Systems, zur aktiven Teilhabe an der Weiterentwicklung und Verbesserung der Demokratie zuzugesellen. Gefordert ist bei diesem Typus damit ein primäres Verpflichtungsgefühl gegenüber der Idee der Demokratie, das sich sowohl durch Folgebereitschaft gegenüber den demokratischen Werten und ihrer institutionellen Repräsentanz als auch durch Wachsamkeit in bezug auf die Einhaltung dieser Werte in der konkreten Realitätsgestaltung durch Institutionshandeln und politische Akteure auszeichnet.

2. Operationalisierung von Folge- und Kritikbereitschaft

Eine Operationalisierung politischer Folge- und Kritikbereitschaft, die den vorangegangenen Überlegungen Rechnung trägt, erfordert somit:

- a) eine klare Trennung der normativen Vorstellungen zur politischen Rolle des Bürgers von ihren politischen Legitimitätsurteilen,
- b) die gleichzeitige Ermittlung sowohl von Folge- als auch von Kritikbereitschaft sowie
- c) eine Differenzierung nach Ebenen des politischen Systems (zumindest nach der Ebene der Herrschaftsträger und der politischen Ordnung).

Entsprechend wurde in der Politischen Kultur Studie 1992 und 1993 versucht, diese Aspekte mittels folgender Items, die innerhalb einer größeren Itembatterie zu Pflichten des Bürgers in der Demokratie erfragt wurden, zu erfassen.³⁾

Die Frageformulierung lautet: "Auch in einer Demokratie hat der Bürger Verpflichtungen gegenüber seinem Land, den Mitbürgern und dem Staat. Sagen Sie mir bitte anhand der Skala auf jeder Karte, inwieweit Sie das für eine wichtige Pflicht des Bürgers halten." (INT:: Kartenspiel mischen und überreichen).

Die Items *"sich mit Kritik an der Regierung grundsätzlich zurückhalten"* sowie *"den gewählten Politikern Vertrauen entgegenbringen"* sollen Folgebereitschaft gegenüber den Herrschaftsträgern abbilden.

Die Items *"gegen Vorhaben der Regierung, die man für schlecht hält, öffentlich protestieren"* und *"gegenüber den Politikern wachsam und mißtrauisch sein"* sollen für Kritikbereitschaft gegenüber den politischen Autoritäten stehen.

Das Item *"sich an ein bestehendes Gesetz halten, auch wenn man es für ungerecht hält"* soll Folgebereitschaft gegenüber der politischen Ordnung, insbesondere dem Aspekt Institutionen, abbilden. Das Item *"die Demokratie gegen ihre Gegner verteidigen"* zielt auf Folgebereitschaft gegenüber der Demokratie als Wert.

Kritikbereitschaft gegenüber diesen Aspekten der politischen Ordnung soll durch die Items "*sich gegen ungerechte Gesetze öffentlich wehren*" und "*an der Demokratie im eigenen Land Kritik zulassen*" ermittelt werden.

Aspekte des Demokratieverständnisses wurden mittels einer Frage zu notwendigen Rechten und Institutionen der Demokratie sowie der Demokratieskala von Wildenmann und Kaase (1968) erfragt. Politische Legitimitätsurteile wurden mittels Fragen zur Befürwortung oder Ablehnung der Idee der Demokratie, zur Zufriedenheit mit der Realität der Demokratie sowie mit den Leistungen der Politiker und der Bundesregierung ermittelt.

3. Zur Folge und Kritikbereitschaft der Deutschen

Wie halten es nun die Deutschen mit Folge- und Kritikbereitschaft als politischen Tugendnormen?

3.1 Zur Dimensionalität von Folge- und Kritikbereitschaft

Zur Frage der Dimensionalität von Folge- und Kritikbereitschaft sind die Zusammenhänge zwischen den Items ausgewiesen (Tabelle 1). Im Fall einer perfekten konvertiblen Polarität müßten jeweils die beiden Items, die Folge- und Kritikbereitschaft zu demselben Objekt erfassen, hochgradig negativ korrelieren (beta-Werte nahe -1.0) und einander nahezu vollständig erklären (r^2 nahe 1). Betrachtet man zunächst die Zusammenhänge zwischen den Items pro Objekt, findet sich in West und Ost in bezug auf die *Regierung* eine nur schwach negative Beziehung als Hinweis auf eine tendenziell konvertible Polarität. Bei dem Objekt *Politiker* besteht keine Beziehung. Die Anteile erklärter Varianz durch den potentiellen Gegenpol sind bei beiden Objekten jedoch so gering, daß Folge- und Kritikbereitschaft gegenüber den Herrschaftsträgern keineswegs als Nullsummenspiel anzusehen sind. In bezug auf die *Gesetze* findet sich eine schwach positive und nur in bezug auf die *Demokratie* besteht eine etwas stärkere positive Beziehung. Bei diesen beiden Items zur politischen Ordnung besteht also überhaupt keine Polarität, vielmehr gehen Folge- und Kritikbereitschaft tendenziell miteinander einher, sind aber ebenfalls weit davon entfernt, einander erklären zu können.

Die Bestimmung der primären Trennungslinie ist allerdings problematisch. Die Items zu Gesetzen weisen nämlich bei den Folgebereitschaften engere Zusammenhänge mit dem anderen Item zur politischen Ordnung, bei den Kritikbereitschaften jedoch engere mit den Items zu den Herrschaftsträgern auf, wobei für letztere ein größerer Anteil der Varianz erklärt wird. Wenn trotz dieser Unsicherheit entschieden wurde, für Indexbildungen im folgenden die Items zu den Herrschaftsträgern und die zur politischen Ordnung zusam-

menzufassen, so beruht diese Entscheidung zum einen auf der theoretisch klareren Grenzziehung, zum anderen auf den noch zu berichtenden Verteilungen.

Zuvor ist jedoch noch darauf hinzuweisen, daß - innerhalb des politischen Kontextes - eine deutlich stärkere Tendenz zur Generalisierung der Kritikbereitschaft als der Folgebereitschaft zu beobachten ist.

Tabelle 1: Dimensionalität von Folge- und Kritikbereitschaft, (Regressionen und Multiple Regressionen)

	WEST		OST	
	beta	r ²	beta	r ²
1=unwichtig, 7=wichtig				
PRO OBJEKT				
Regierung: keine Kritik mit Kritik	-.26	.07	-.22	.05
Politiker: Vertrauen mit Mißtrauen	ns	.00	ns	.00
Gesetze: Gehorsam mit Widerstand	.08	.01	.17	.03
Demokratie: Verteidigung mit Kritiktoleranz	.42	.17	.48	.23
GESETZE UND DIE ANDEREN OBJEKTE				
Gesetze: Gehorsam und		.11		.08
Regierung: keine Kritik	.13		.08	
Politiker: Vertrauen	.19		.11	
Demokratie: Verteidigen	.22		.24	
Gesetze: Widerstand und		.36		.43
Regierung: Kritik	.37		.40	
Politiker: Mißtrauen	.27		.21	
Demokratie: Kritiktoleranz	.11		.20	
FOLGE- UND KRITIKBEREITSCHAFT				
Index Herrschaftsträger Folgebereitschaft mit	.16	.03	.12	.01
Index Politische Ordnung Folgebereitschaft				
Index Herrschaftsträger Kritikbereitschaft mit	.67	.45	.68	.46
Index Politische Ordnung Kritikbereitschaft				

Bei den Indices zu "Herrschaftsträgern" sind die Objekte Regierung und Politiker zusammengefaßt, bei den Indices "Politische Ordnung" sind die Objekte Gesetze und Demokratie zusammengefaßt.

3.2 Verteilungen von Folge- und Kritikbereitschaft

Die Verteilungen der normativen Vorstellungen zu Pflichten des Bürgers in der Demokratie sind nun in West und Ost sehr ähnlich und über beide Erhebungsjahre hinweg recht stabil (Tabelle 2). In beiden Landesteilen wird erstens insgesamt den Pflichten gegenüber den Herrschaftsträgern geringere Bedeutung zugesprochen als denen gegenüber der politischen Ordnung, wobei sich sowohl für Folge- als auch für Kritikbereitschaft die

Easton'sche Hierarchie widerspiegelt. Zweitens wird bei jedem der einzelnen Objekte ein Überhang der Kritikbereitschaft im Vergleich zur Folgebereitschaft deutlich, der jedoch entlang der Hierarchiestufen deutlich abnimmt. Das heißt, eine affirmative Haltung gegenüber der Regierung und Vertrauen in die Politiker gelten den deutschen Bürgern im Gegensatz zu Wachsamkeit und Skepsis mehrheitlich kaum als demokratische Tugenden. Auch der Widerstand gegen als ungerecht empfundene Gesetze ist ihnen bedeutsamer als deren Befolgung, jedoch sind die Diskrepanzen zwischen Folge- und Kritikbereitschaft hier schon deutlich geringer als bei den Herrschaftsträgern. Auf der allgemeineren Ebene der politischen Ordnung schließlich halten sich beide in etwa die Waage.

Tabelle 2: Verteilungen von Folge- und Kritikbereitschaft (Mittelwerte)

	WEST				OST			
	1992	1993	kum.	kum.	1992	1993	kum.	kum.
1=unwichtig 7=wichtig	Mittelwerte			Diff. Fb. minus Kb.	Mittelwerte			Diff. Fb. minus Kb.
Regierung				-2.77				-2.50
keine Kritik	2.64	2.53	2.59		3.00	2.62	2.82	
Kritik	5.31	5.43	5.36		5.33	5.31	5.32	
Politiker				-1.16				-1.43
Vertrauen	4.70	4.47	4.57		4.59	4.04	4.32	
Mißtrauen	5.76	5.69	5.73		5.73	5.75	5.75	
Gesetze				-.70				-.72
Gehorsam	4.92	4.86	4.89		4.98	4.90	4.94	
Widerstand	5.68	5.45	5.59		5.78	5.53	5.66	
Demokratie				-.01				-.18
Verteidigung	5.79	5.62	5.72		5.32	5.46	5.39	
Kritik-Toleranz	5.81	5.62	5.73		5.68	5.46	5.57	
Herrschaftsträger				-1.97				-1.97
Folgebereitschaft	3.67	3.44	3.58		3.79	3.33	3.57	
Kritikbereitschaft	5.54	5.56	5.55		5.54	5.53	5.54	
Pol.Ordnung				-.35				-.45
Folgebereitschaft	5.35	5.25	5.31		5.16	5.18	5.17	
Kritikbereitschaft	5.75	5.54	5.66		5.75	5.50	5.62	

Kum.=1992 und 1993 kumuliert,

Diff.Fb. minus Kb.=Differenz zwischen Folge- und Kritikbereitschaft.

Um die Frage nach der Einseitigkeit versus Balanciertheit dieser Orientierungen zu behandeln, werden nun Folge- und Kritikbereitschaft auf individueller Ebene zueinander ins

Verhältnis gesetzt. Angesichts der generellen Tendenz zu hohen Einstufungen bei Wichtigkeitsfragen wurde als Grundlage für die Kombinationsindices ein hartes Kriterium herangezogen, d.h. bei den einzelnen Items nur die Skalenwerte 6-7 als wichtig definiert, die Skalenwerte 1 bis 5 als unwichtig (Tabelle 3). Für über die Hälfte der Bürger steht die Skepsis gegenüber den Herrschaftsträgern als Bürgertugend im Vordergrund. Daneben hält etwa ein Drittel sowohl Folge- als auch Kritikbereitschaft für wenig wichtig. Nur minimale Anteile befürworten eine ausschließlich affirmative Haltung oder sowohl loyales als auch kritisches Verhalten gegenüber den Herrschaftsträgern. (Dabei erklärt sich der Überhang der Kritikbereitschaft gleichermaßen aus den Haltungen zur Regierung und den Politikern im allgemeinen, während die generelle Distanz in Form geringer Folge- und geringer Kritikbereitschaft stärker auf die Haltung gegenüber dem Objekt Regierung zurückgeht.) Die normativen Vorstellungen zu Staatsbürgertugenden in bezug auf die politische Ordnung sind völlig anders strukturiert. So ist die allgemeine Distanz bei der politischen Ordnung deutlich geringer als bei den Herrschaftsträgern. Dies wirkt sich nur wenig zugunsten ausschließlicher Folgebereitschaft aus. Aber anders als bei den Herrschaftsträgern wird eine einseitige Kritikbereitschaft gegenüber der politischen Ordnung nur von etwa einem Viertel der Bürger artikuliert, während mit etwa 40% der balancierte Typus vorherrscht, der die kritische Loyalität, also gleichzeitig Folge- und Kritikbereitschaft, als Bürgertugend betrachtet. (Auf der Ebene der einzelnen Items ist dieses Muster, insbesondere die Gleichzeitigkeit von Folge- und Kritikbereitschaft, für das Objekt Demokratie ausgeprägter als für das Objekt Gesetze, bei dem vergleichsweise größere Anteile an Bürgern der einseitigen Kritikbereitschaft den Vorzug geben.)

Tabelle 3: Folge- und Kritikbereitschaft - Indices (Prozente)

	WEST	OST	WEST	OST	WEST	OST
1992+1993 kumuliert	REGIERUNG		POLITIKER		HERRSCHAFTS- TRÄGER	
beides unwichtig	46	42	28	24	32	31
nur Folgebereitschaft	3	4	7	9	3	4
nur Kritikbereitschaft	46	48	42	48	59	58
beides wichtig	5	6	23	19	6	7
Befragtenzahl	2460	1908	2406	1967	2381	1929
	GESETZE		DEMOKRATIE		POLITISCHE ORDNUNG	
beides unwichtig	29	25	22	27	20	24
nur Folgebereitschaft	12	12	15	12	12	10
nur Kritikbereitschaft	34	32	15	18	25	25
beides wichtig	25	31	48	43	43	41

Befragtenzahl	2444	1973	2449	1970	2415	1931
---------------	------	------	------	------	------	------

Entsprechend sind die Loyalitätsformen gegenüber Herrschaftsträgern und politischer Ordnung auch auf individueller Ebene keineswegs deckungsgleich (Tabelle 4). Zwar tendieren die Bürger, die den Herrschaftsträgern als Objekt bürgerlicher Pflichten generell nur geringe Bedeutung zusprechen, auch auf der Ebene der politischen Ordnung stärker als die anderen Bürger zu geringem politischen Pflichtbewußtsein, und die wenigen Befragten, die bei den Herrschaftsträgern sowohl Folge- als auch Kritikbereitschaft für wichtig befinden, legen auch bei der politischen Ordnung auf die Kombination von Folge- und Kritikbereitschaft als Bürgerpflichten Wert. Der minimale Anteil affirmativ Loyal (nur Folgebereitschaft wichtig) gegenüber den Akteuren zeigt sich wenig an normativen Staatsbürgertugenden gegenüber der politischen Ordnung interessiert oder bevorzugt auch hier eine primär affirmative Haltung. Die dominante einseitige Skepsis der Mehrzahl der Bürger gegenüber den Herrschaftsträgern erstreckt sich jedoch nicht gleichermaßen auf die politische Ordnung. Vielmehr zeigen diese Befragten zwar einen deutlich höheren Anteil einseitig Kritikbereiter als die drei anderen Typen, aber auch zu knapp über der Hälfte ein Verständnis konstruktiver Loyalität, also balancierte Folge- und Kritikbereitschaft gegenüber der Demokratie.

Tabelle 4: Folge- und Kritikbereitschaft gegenüber der politischen Ordnung nach Folge- und Kritikbereitschaft gegenüber den politischen Herrschaftsträgern (Spaltenprozente)

1992 + 1993 kumuliert	WEST					OST				
	POLITISCHE HERRSCHAFTSTRÄGER									
	beides un- wich- tig	nur Fb. wich- tig	nur Kb. wich- tig	beides wich- tig	Be- frag- ten- zahl	beides un- wich- tig	nur Fb. wich- tig	nur Kb. wich- tig	beides wich- tig	Be- frag- ten- zahl
Anteil in %	32	3	59	6		31	4	58	7	
POL. ORDNUNG										
beides unwichtig	45	37	7	4	461	52	38	10	6	438
nur Folgeb. wichtig	23	31	7	9	293	15	26	6	4	177
nur Kritikb. wichtig	16	9	31	16	575	17	12	32	20	472
beides wichtig	16	23	55	71	998	16	24	52	70	773
Befragtenzahl	743	75	1370	139	2327	564	76	1084	136	1860

Bei einer Kombination aller Haltungen ergeben sich damit nur ca. 5% Bürger, die sowohl bei den Herrschaftsträgern als auch bei der politischen Ordnung eine balancierte Kombination von Folge- und Kritikbereitschaft aufweisen, gegenüber etwa 15%, die eine umfassend parochiale Orientierung (alles unwichtig) zeigen. Etwa 35% bis 40% der Bürger kombinieren ihre primär skeptische Haltung gegenüber den Herrschaftsträgern mit einer balancierten Folge- und Kritikbereitschaft gegenüber der politischen Ordnung. Bei etwa 20% bis 25% dominiert auf beiden Objektebenen die primäre Kritikbereitschaft. (Die restlichen 15-20% verteilen sich auf alle anderen möglichen 13 Kombinationen.)

Diese Kombinationsindices sind - wie gesagt - erforderlich zur Analyse der Frage nach der Einseitigkeit versus Balanciertheit der normativen Tugendvorstellungen und eignen sich gut zur Darstellung von Verteilungen. Allerdings leiden sie in der Verwendung bei Analysen von Korrelaten zwangsläufig unter dem Problem der Gleichgewichtigkeit ihrer Komponenten Folge- und Kritikbereitschaft. Mit ihnen läßt sich also bspw. nicht ermitteln, welche relative Bedeutsamkeit jede der Komponenten für andere Orientierungen hat. Im folgenden wird daher gleichzeitig auf Tabellenanalysen mit den Kombinationsindices und auf multiple Regressionen mit den separaten Komponenten zurückgegriffen.

3.3 Trägermerkmale

Die Vermutung eines überzogenen Mißtrauens in die institutionalisierte Ordnung war ja nicht für die Gesamtbevölkerung, sondern für spezifische Subgruppen formuliert worden. Es zeigt sich jedoch, daß die gerade beschriebenen Strukturunterschiede der normativen Vorstellungen zu Bürgertugenden in bezug auf Herrschaftsträger und Ordnung auch für alle Subpopulationen der Bevölkerung zutreffen. Zusammengekommen erklären die Merkmale Alter, Schulbildung, politisches Interesse, subjektive politische Kompetenz, ideologische Selbsteinstufung und gesellschaftliche Wertorientierungen nur unter 10% der Varianz in den Folge- und Kritikbereitschaften.

Erst vor diesem Hintergrund bestehen Unterschiede. Bei den akteursbezogenen Tugendvorstellungen besteht eine Abnahme der generellen Distanz zugunsten der einseitig kritikbereiten Haltung bei höherer Schulbildung, größerem politischen Interesse und größerer subjektiver politischer Kompetenz sowie linker und postmaterialistischer Orientierung. In bezug auf die politische Ordnung wirken sich diese Merkmale dagegen nahezu gleichermaßen zugunsten von einseitiger Skepsis wie zugunsten der kritischen Loyalität, also der Kombination von Folge- und Kritikbereitschaft, aus. Nach dem Kriterium einer mindestens 10%igen Differenz zum Bevölkerungsdurchschnitt für ein überproportionales Auftreten einer Orientierung erweisen sich geringes politisches Interesse, schwache subjektive politische Kompetenz und materialistische Wertorientierung als typisch für eine parochiale Haltung. Große subjektive politische Kompetenz, ausgeprägt linke und

postmaterialistische Orientierung tragen für ein Überwiegen der Kritikbereitschaft auf beiden Ebenen bei, deutlich rechte und materialistische Orientierung zu einseitiger Folgebereitschaft, während starkes politisches Interesse und subjektive politische Kompetenz am deutlichsten zu einseitiger Skepsis gegenüber den Herrschaftsträgern bei balancierter Folge- und Kritikbereitschaft gegenüber der politischen Ordnung beitragen. Zu sozialem Vertrauen findet sich bei keiner der Facetten von Folge- und Kritikbereitschaft ein signifikanter Zusammenhang, was eindeutig gegen die Annahme einer Generalisierung sozialen Vertrauens auf den politischen Bereich spricht (nicht tabellarisch ausgewiesen).

3.4 Folge- und Kritikbereitschaft als Pendants politischer Unterstützung?

Die demokratischen Tugendvorstellungen korrespondieren zwar mit politischen Legitimitätsurteilen (Tabelle 5), sind aber keineswegs deckungsgleich und erklären diese auch nicht. Folge- und Kritikbereitschaft gegenüber den Herrschaftsträgern gehen wie erwartbar vor allem mit dem Grad der Unterstützung für die amtierende Regierung und auch mit der Realisierung der Demokratie einher. Die Befürwortung der Idee der Demokratie korrespondiert dagegen am deutlichsten mit der Folgebereitschaft gegenüber der politischen Ordnung, wird aber von der Kritikbereitschaft kaum negativ tangiert.

Tabelle 5: Politische Unterstützung nach Folge- und Kritikbereitschaft

1=negative Urteile 6=positive Urteile	Idee der Demokratie		Realität der Demokratie		Leistungen der Bundesregierung	
	WEST	OST	WEST	OST	WEST	OST
a) Multiple Regression	beta	beta	beta	beta	beta	beta
PH: Folgebereit.	-.07	-.05	.16	.16	.22	.25
PH: Kritikbereit.	.10	.04	-.14	-.19	-.22	-.22
PO: Folgebereit.	.18	.22	.23	.16	.23	.16
PO: Kritikbereit.	.05	.06	-.06	-.11	-.05	.04
r^2	.07	.07	.11	.11	.17	.13
b) Mittelwerte						
Alle	5.36	5.18	4.38	3.51	3.48	3.34
Herrschaftsträger						
unwichtig	5.16	4.97	4.54	3.77	3.75	3.52
nur Folgebereit.	5.11	5.13	4.74	3.88	4.26	3.93
nur Kritikbereit.	5.49	5.30	4.28	3.32	3.27	3.20
beides wichtig	5.19	5.09	4.54	3.83	3.79	3.68
Politische Ordnung						
unwichtig	5.03	4.83	4.37	3.70	3.48	3.29
nur Folgebereit.	5.38	5.24	4.72	4.02	3.97	3.70
nur Kritikbereit.	5.29	5.06	4.07	3.22	3.11	3.14
beides wichtig	5.53	5.42	4.47	3.45	3.50	3.40

PH=Politische Herrschaftsträger, PO=Politische Ordnung.

Ähnlich wie bei den Befunden Putnams und anderer äußern die politisch Entfremdeten sowie die einseitig Mißtrauensbereiten die größte politische Unzufriedenheit, während einseitig Vertrauens- bzw. Folgebereite politisch zufriedener sind. Allerdings - und dies trübt das kommunitaristisch gefärbte Bild - zeigen sie dabei eine weniger intensive Bindung an die Idee der Demokratie. Diese wird nämlich am stärksten von denjenigen Bürgern befürwortet, die den Herrschaftsträgern primär mit Skepsis begegnen, aber bei der politischen Ordnung sowohl Folge- als auch Kritikbereitschaft zeigen. Dies läßt vermuten, daß mit Entfremdung, einseitiger Folge- oder aber Kritikbereitschaft und kritischer Loyalität auf der Ebene politischer Tugendnormen auch unterschiedliche inhaltliche Demokratieauffassungen verbunden sind, die für die Schere zwischen grundsätzlicher Demokratiebefürwortung und politischer Zufriedenheit mit der Demokratie und den Herrschaftsträgern eine Rolle spielen dürften.

3.5 Zur Korrespondenz von demokratischen Pflichtvorstellungen mit Demokratieverständnis

Die Vorstellungen zu Pflichten des Bürgers zeigen in der Tat deutliche Korrespondenzen mit dem Verständnis demokratischer Rechte und Institutionen (Tabelle 6). So werden klassische Freiheitsrechte und Institutionen der repräsentativen Demokratie ebenso wie unmittelbare Partizipationsformen von den Befragten am wenigsten befürwortet, die den Pflichten generell nur geringe Wichtigkeit zusprechen oder nur Folgebereitschaft zeigen. Die intensivste Befürwortung artikulieren dagegen im Osten die Bürger, die Folge- und Kritikbereitschaft auf beiden Ebenen gleichermaßen für wichtig halten, im Westen diejenigen mit überwiegender Skepsis gegenüber Herrschaftsträgern, aber balancierter Tugendvorstellung auf der Ebene der politischen Ordnung.

Die Regressionswerte zeigen allerdings, daß für die Haltung zu den klassischen Rechten und Institutionen der repräsentativen Demokratie in beiden Landesteilen primär die Tugendnormen zur politischen Ordnung eine Rolle spielen, während für die Befürwortung direkter Elemente der Demokratie primär die Kritikbereitschaft gegenüber Herrschaftsträgern und politischer Ordnung zum Tragen kommt.

Ein unterschiedliches Demokratieverständnis in Korrespondenz zu den Vorstellungen über demokratische Bürgertugenden wird noch deutlicher bei einem Instrument, das darauf abzielt zu erfassen, inwieweit die Bürger zentrale demokratische Institutionen und Regeln nur in konsensualen oder auch in konfliktreichen Situationen akzeptieren. Die Items dieser Skala lassen sich in eine Konsens- und eine Konfliktdimension zusammenfassen. Für die Verteilungen wurden diese Dimensionen jeweils nach über- bzw. unterproportionaler Befürwortung dichotomisiert und dann auf individueller Ebene kombiniert

(Tabelle 7).⁴⁾ Während sich Folgebereitschaft gegenüber den Herrschaftsträgern negativ auf die Akzeptanz sowohl der Konsens- als auch der Konfliktdimension auswirkt und Folgebereitschaft gegenüber der politischen Ordnung nur negativ auf die Konfliktdimension, fördert Kritikbereitschaft gegenüber Herrschaftsträgern und politischer Ordnung die Akzeptanz demokratischer Institutionen und Spielregeln sowohl in konsensualen als auch in konfliktreichen Situationen.

Tabelle 6: Demokratievorstellungen nach Folge- und Kritikbereitschaft

1=unwichtig 7=wichtig	Meinungs-, Reise- und Religions- freiheit		Wahlen, Parteien- konkurrenz und Opposition		Demonstrations- freiheit und Volksabstimmung	
	WEST	OST	WEST	OST	WEST	OST
a) Multiple Regression	beta	beta	beta	beta	beta	beta
PH: Folgebereit.	-.05	.11	-.05	.13	ns	.07
PH: Kritikbereit.	.07	.10	.06	.12	.19	.24
PO: Folgebereit.	.20	.26	.24	.23	ns	.07
PO: Kritikbereit.	.24	.16	.24	.25	.28	.27
r^2	.16	.19	.18	.26	.19	.26
b) Mittelwerte						
Alle	6.49	6.16	6.54	6.28	5.74	5.80
Herrschaftsträger						
unwichtig	6.20	5.76	6.27	5.76	5.26	5.08
nur Folgebereit.	6.31	6.26	6.28	6.35	5.06	5.59
nur Kritikbereit.	6.67	6.30	6.71	6.50	6.03	6.10
beides wichtig	6.39	6.48	6.46	6.54	6.00	6.28
Politische Ordnung						
unwichtig	5.96	5.44	6.03	5.42	5.09	4.87
nur Folgebereit.	6.32	6.06	6.45	6.05	5.04	5.12
nur Kritikbereit.	6.50	6.16	6.50	6.34	5.96	5.96
beides wichtig	6.72	6.55	6.79	6.68	6.05	6.22

Dies führt im Resultat zu deutlich unterproportionalen Anteilen eines ausgewogen liberalen Demokratieverständnisses bei den Befragten mit parochialen Tugendvorstellungen sowie bei den einseitig Folgebereiten, und zwar nicht nur zugunsten überproportionaler Anteile generell undemokratischer Haltungen, sondern auch - was überraschen mag - zugunsten überproportionaler Befürwortung nur der Konfliktdimension, d.h. - um es in Anlehnung an Kielmannsegg (1990) zu formulieren - zu reiner Konfliktbereitschaft ohne Konflikttoleranz, ohne Akzeptanz der demokratischen Grundregeln. Eine liberaldemokratische Einstellungsstruktur ist dagegen am häufigsten bei den Bürgern vertreten, die

den Herrschaftsträgern mit Skepsis begegnen und bei der politischen Ordnung primär Skepsis (in West) oder balancierte Folge- und Kritikbereitschaft (in Ost) als Tugend ansehen. In beiden Landesteilen wirkt sich eine Balance von Folge- und Kritikbereitschaft gegenüber den Herrschaftsträgern allerdings auch in überproportionaler einseitiger Konsensorientierung aus.

Tabelle 7: Demokratieverständnis nach Folge- und Kritikbereitschaft

	WEST				OST			
a) Multiple Regression	KONSENS beta		KONFLIKT beta		KONSENS beta		KONFLIKT beta	
PH: Folgebereit.	-.14		-.30		-.10		-.23	
PH: Kritikbereit.	.32		.04		.12		.01	
PO: Folgebereit.	.14		-.15		.14		-.08	
PO: Kritikbereit.	.25		.20		.33		.12	
r ²	.38		.19		.28		.07	
b) Prozentpunkt- differenzen	TYPUS				TYPUS			
	un- dem.	nur kon- sens	nur kon- flikt	libe- ral- dem.	un- dem.	nur kon- sens	nur kon- flikt	libe- ral- dem.
Gesamt in %	26	22	24	28	25	23	27	24
Herrschaftsträger								
unwichtig	13	-11	13	-16	11	-9	15	-16
nur Folgebereit.	1	20	8	-28	10	1	11	-21
nur Kritikbereit.	-6	4	-8	10	-7	4	-8	12
beides wichtig	-7	20	-5	-9	4	20	-17	-6
Pol. Ordnung								
unwichtig	13	-11	18	-20	9	-11	20	-17
nur Folgebereit.	15	-2	-8	-5	17	-5	-3	-9
nur Kritikbereit.	-8	-3	-4	15	-1	-1	1	2
beides wichtig	-8	9	-8	7	-9	10	-14	14

Eine vergleichbare Einstellungsstruktur ist im übrigen auch in der Ablehnung von Gewalt zu beobachten, d.h. Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung wird am wenigsten von den primär Autoritäts-Folgebereiten abgelehnt, am stärksten von denen, die gegenüber Herrschaftsträgern Mißtrauen, gegenüber der politischen Ordnung eine Balance der Tugendvorstellungen artikulieren (nicht tabellarisch ausgewiesen).

Vertrauensvolle, insbesondere einseitig vertrauensvolle Dispositionen gegenüber politischer Ordnung und Herrschaftsträgern tragen bei den Deutschen keineswegs - wie bei

Putnam und Sztopka angeklungen - zur Ablehnung staatlicher Repressionsmacht bei. Vielmehr ist der Ruf nach einer starken Ordnungsmacht bei diesem Bürgertypus am lautesten, gefolgt von denen parochialer Vorstellung zur Rolle des Bürgers. Am deutlichsten abgelehnt werden staatliche Repressionen dagegen bei dominanter Kritikbereitschaft (Tabelle 8).

Tabelle 8: Haltungen zu staatlicher Repression und zu politischer Partizipation nach Folge- und Kritikbereitschaft

	Repressionspotential		konventionelle Partizipation		legale unkonvent. Partizipation	
	WEST	OST	WEST	OST	WEST	OST
a) Multiple Regression	beta	beta	beta	beta	beta	beta
PH: Folgebereit.	.08	.03	.14	.22	-.10	-.14
PH: Kritikbereit.	-.20	-.15	.31	.18	.13	.09
PO: Folgebereit.	.25	.21	.18	.24	-.09	.04
PO: Kritikbereit.	-.17	-.15	.30	.18	.22	.18
r^2	.14	.06	.39	.27	.12	.10
b) Mittelwerte	1=gering 4=stark		1=unwichtig 7=wichtig		0=gering 4=stark	
Alle	2.01	1.97	4.20	3.78	2.31	2.24
Herrschaftsträger						
unwichtig	2.21	2.13	3.31	3.19	1.86	1.82
nur Folgebereit.	2.43	2.48	4.39	4.10	1.11	1.95
nur Kritikbereit.	1.90	1.87	4.62	4.02	2.60	2.47
beides wichtig	2.07	2.03	5.02	4.67	2.03	2.30
Pol. Ordnung						
unwichtig	2.19	2.11	3.14	3.03	1.75	1.78
nur Folgebereit.	2.32	2.18	4.15	3.65	1.79	1.72
nur Kritikbereit.	1.78	1.73	4.32	3.81	2.75	2.40
beides wichtig	1.93	1.98	4.85	4.33	2.53	2.54

Dagegen trägt eine vertrauensvolle, folgebereite Disposition gegenüber der Politik zwar durchaus auch zur Bereitschaft zu politischem Engagement bei - und zwar nur in konventioneller Form. Jedoch wirkt sich Kritikbereitschaft stärker auf die Haltung zu politischer Partizipation aus - und zwar nicht nur in unkonventioneller Form, was die These Sztopkas über rein anti-systemischen Protest bei Mißtrauen stärken könnte, sondern vielmehr auch in konventioneller Form. Die Bereitschaft zu konventioneller Partizipation ist damit am stärksten bei balancierten Tugendnormen, gefolgt von der primären Kritik-

orientierung, während die Bereitschaft zu unkonventioneller Partizipation bei umfassend skeptischer Disposition stärker ausgeprägt ist (Tabelle 8).

3.6 Zur Korrespondenz von demokratischen Pflichtvorstellungen mit Haltungen zur Nation

Die Erwartungen zur Korrespondenz von Vorstellungen zu Tugenden des demokratischen Bürgers mit Haltungen zur nationalen Gemeinschaft werden durchgehend bestätigt (Tabelle 9). Folgebereitschaft trägt deutlich zur Loyalitätsverpflichtung gegenüber der eigenen Nation bei, Folgebereitschaft gegenüber den Herrschaftsträgern jedoch auch - im Gegensatz zur Folgebereitschaft gegenüber der politischen Ordnung - zu übersteigertem Nationalismus. Kritikbereitschaft fördert die nationale Loyalität zwar nicht besonders, steht ihr aber auch nicht im Weg, ist aber unverträglich mit klassischem Nationalismus. Das problematischste Einstellungsprofil, nämlich geringe Loyalität zum eigenen Land bei gleichzeitig ausgeprägtem Nationalismus - weisen hier somit wiederum die Bürger mit parochialen oder einseitig autoritäts-folgebereiten Pflichtvorstellungen auf. Umgekehrt zeigen die Bürger mit ausgewogen entwickelten Tugendvorstellungen die größte nationale Loyalität bei mittlerer Distanz zu klassischem Nationalismus und die primär Kritikbereiten deutliche Distanz zu übersteigertem Nationalismus bei dennoch moderater Loyalität zur eigenen Nation.

Tabelle 9: Haltungen zur politischen Gemeinschaft nach Folge- und Kritikbereitschaft

	Loyalität zum eigenen Land		Militärische Verteidigungsbereitschaft		Klassischer Nationalismus	
	WEST	OST	WEST	OST	WEST	OST
a) Multiple Regression	beta	beta	beta	beta	beta	beta
PH: Folgebereit.	.26	.24	.30	.20	.22	.12
PH: Kritikberei.	.09	.05	ns	ns	-.13	-.13
PO: Folgebereit.	.37	.31	.26	.23	ns	-.13
PO: Kritikberei.	.09	.15	ns	ns	-.19	-.14
r^2	.28	.24	.18	.10	.15	.14
b) Mittelwerte	1=unwichtig 7=wichtig		1=unwichtig 7=wichtig		1=gering 4=stark	
Alle	5.41	5.51	3.97	4.02	2.79	2.27
Herrschaftsträger						
unwichtig	4.92	5.04	3.84	3.92	3.19	2.71
nur Folgebereit.	5.44	5.64	4.62	4.60	3.61	3.07
nur Kritikberei.	5.60	5.64	3.90	3.94	2.52	1.95
beides wichtig	6.06	6.34	4.91	4.87	3.06	2.55
Pol. Ordnung						

unwichtig	4.53	4.65	3.48	3.61	3.28	2.82
nur Folgebereit.	5.54	5.81	4.30	4.30	3.15	2.53
nur Kritikbereit.	5.08	5.29	3.53	3.59	2.52	2.22
beides wichtig	5.98	6.08	4.35	4.46	2.56	1.86

4. Zusammenfassung und Ausblick: Demokratische Tugenden

Zusammenfassend läßt sich festhalten:

- 1) Die Annahme einer Generalisierung von sozialem Vertrauen auf politisches Vertrauen und politische Folgebereitschaft erweist sich als empirisch unzutreffend.
- 2) Vertrauen als Ausdruck politischer Unterstützung ist theoretisch und empirisch von der Bereitschaft zu politischem Vertrauen zu unterscheiden. Ein unmittelbarer Rückschluß von erwiesenem politischen Vertrauen auf Merkmale einer idealen demokratischen Persönlichkeit ist daher unzulässig.
- 3) Die Bereitschaft zu politischem Vertrauen und Mißtrauen bzw. politische Folge- und Kritikbereitschaft sind weder gesamtgesellschaftlich noch intraindividuell grundsätzlich polarisierte Phänomene. Beide können auch gleichzeitig fehlen oder aber gemeinsam auftreten. Die deutsche Gesellschaft ist weder eine Vertrauens- noch eine Mißtrauenskultur. Vielmehr finden sich vielfältige Facettierungen von politischer Folge- und Kritikbereitschaft, die sozialstrukturell recht amorph sind; das heißt, es lassen sich auch keine klar begrenzten Subkulturen des normativen Vertrauens oder Mißtrauens identifizieren.
- 4) Die potentielle Gleichzeitigkeit von Folge- und Kritikbereitschaft verbietet eine simple Zuordnung dieser politischen Dispositionen zu politischen Tugenden oder Untugenden.
- 5) Folge- und Kritikbereitschaft ist nach politischen Ebenen zu differenzieren. Für die Deutschen gilt ein gravierender Unterschied in Folge- und Kritikbereitschaft gegenüber Herrschaftsträgern und politischer Ordnung. In bezug auf die politischen Autoritäten herrscht die Vorstellung einseitiger Skepsis als Tugend vor, in bezug auf die politische Ordnung dagegen eine Balance von Folge- und Kritikbereitschaft als demokratischen Pflichten.
- 6) Die einseitige Mißtrauensbereitschaft gegenüber den politischen Herrschaftsträgern erweist sich aber nicht per se als politisches Problem oder politische Untugend. Vielmehr zeigen die Bürger, die weder Folge- noch Kritikbereitschaft gegenüber den Herrschaftsträgern als wichtige Pflichten ansehen, sowie diejenigen, für die Folgebereitschaft einseitig im Vordergrund steht, das problematischste Einstellungsprofil: Während erstere generell politisch unzufrieden sind, artikulieren letztere zwar Zufriedenheit mit der Regierung und der Demokratie in Deutschland. Jedoch stellt sich die Frage, was diese Zu-

friedenheit Wert ist - angesichts dessen, daß diese Zufriedenen, ähnlich wie die generell politisch Entfremdeten, die demokratische Idee per se weniger befürworten, demokratischen Freiheiten, Rechten und Institutionen weniger Bedeutung zusprechen, eine stärkere Konfliktakzeptanz ohne Konflikttoleranz und eine größere Befürwortung von Gewalt aufweisen sowie ausgeprägte Befürwortung staatlicher Repressionsmacht, geringe Bereitschaft zu politischem Engagement und geringere Loyalität zur eigenen Nation bei gleichzeitiger Tendenz zu übersteigertem Nationalismus zeigen. Das gegenteilige Profil weisen die einseitig Autoritäts-Skeptischen auf. Sie wären also nach allen gängigen Kriterien - mit der strittigen Ausnahme ihrer politischen Unzufriedenheit - als die "idealen Demokraten" zu bezeichnen.

7) Allerdings trifft dieses Loblied nicht gleichermaßen auf die Bürger zu, die auch bei der politischen Ordnung der Kritikbereitschaft eindeutigen Vorzug über die Folgebereitschaft zusprechen. Vielmehr zeigen hier die Bürger mit ausgewogener Folge- und Kritikbereitschaft im allgemeinen das - im beschriebenen Sinn - demokratischste Einstellungsprofil bei überwiegend moderater Zufriedenheit mit der repräsentativen Demokratie in Deutschland. Bürger, die auch bei der politischen Ordnung der einseitigen Kritikbereitschaft den Vorzug als politische Pflicht geben, stellen zwar ebenso hohe Ansprüche an die Demokratie, präferieren darüber hinaus aber stärker plebiszitäre Elemente und tendieren häufiger zu Konfliktbereitschaft ohne gleichermaßen ausgeprägte grundsätzliche Akzeptanz der Spielregeln repräsentativ-demokratisch verfaßter Politien. Vor dem Hintergrund ihrer starken Partizipationsbereitschaft zeigen sie ein Eliten-herausforderndes Profil, das mit ihrer Unzufriedenheit über die amtierende Regierung und deren Realisierung der Demokratie in Deutschland korrespondiert. Auf der Ebene des Demokratieverständnisses weist dieser Bürgertypus jedoch ein eindeutig demokratieadäquateres Profil auf als die Befragten, die bei der politischen Ordnung einseitige Folgebereitschaft artikulieren und als diejenigen, die Folge- und Kritikbereitschaft gegenüber der politischen Ordnung als unwichtig ansehen.

Legt man das Easton'sche Modell als Interpretationsraster an, so sind die Schlußfolgerungen eindeutig: Die bei einem Viertel der Deutschen beobachtbare Tendenz zu einer durchgehend parochialen Orientierung mag für die politischen Akteure in ruhigen Zeiten bequem sein und bildet - obwohl aufgrund der Affinitäten zum rechtsextremen Einstellungssyndrom nicht gerade imagefördernd - keine unmittelbare Stabilitätsbedrohung. Sie trägt aber nichts zur Anpassungsfähigkeit der demokratischen Ordnungsform an sich verändernde Kontextbedingungen bei. Die Kombination von einseitiger Skepsis gegenüber den Herrschaftsträgern mit balancierter Folge- und Kritikbereitschaft gegenüber der politischen Ordnung bei etwa 40% der Deutschen scheint den für die repräsentative Demokratie optimalen Bürgertypus darzustellen. Bei ihm artikuliert sich ein Verständnis

dafür, daß der Erhalt und die Entwicklung der Demokratie sowohl politischer Gestaltungsspielräume der Amtsinhaber als auch deren Kontrolle durch den Bürger bedarf. Hohe Ansprüche an die Demokratie werden bei diesem Typus daher auch von moderaten Urteilen zu ihrer Realisierung begleitet. Schließlich ist die bei einem Viertel der Deutschen beobachtbare durchgängig einseitige Kritikbereitschaft sicher wenig komfortabel für die politischen Eliten, indem von diesem Bürgertypus ein den Status der Eliten als - im Luhmann'schen Sinn - "politische Souveräne" infrage stellender Anspruch ausgeht. Solange jedoch eine - auch im kommunitaristischen Idealmodell anklingende - Identität von Regierten mit Regierenden, in der die Kategorien des vertikalen Vertrauens und Mißtrauens per se entfallen würden, keine Realisationschance hat, ist selbst einseitiges politisches Mißtrauen und Kritikbereitschaft der repräsentativen Demokratie der Gegenwart als "Movens" noch förderlicher als blindes politisches Vertrauen und einseitige Folgebereitschaft.

Korrespondenzadresse

PD Dr. Bettina Westle (Vertr. Prof. A. Héretier)
Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld
Postfach 100131
33501 Bielefeld
Tel.: (0521) 106-3999
Fax: 106-6020
email: bettina.westle@post.uni-bielefeld.de

Anmerkungen

- 1) Bei diesem Beitrag handelt es sich um die überarbeitete Fassung einer Antrittsvorlesung an der Universität Mannheim, Juni 1997.
- 2) Einen differenzierten Überblick über die vielfältige Literatur, angefangen bei Klassikern der politischen Philosophie bis zum aktuellen Stand gibt Misztal 1996.
- 3) Bei der Politischen Kultur Studie handelt es sich um ein von der DFG gefördertes Projekt der Autorin. Die Repräsentativerhebung 1992 ist über das Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung, Köln, verfügbar; die Studie von 1993 wird in nächster Zeit verfügbar sein. Im Jahr 1992 wurden in West 1475 und in Ost 1044, im Jahr 1993 in West 1014 und in Ost 982 Interviews auf Grundlage der Wahlbevölkerung realisiert; (Erhebungsinstitut: Emnid).
- 4) Üblicherweise werden diese Dimensionen gleichgewichtig nach Skalenpunkten dichotomisiert und getrennt behandelt, also nicht auf individueller Ebene kombiniert. Für die vorliegende Fragestellung ist jedoch eine solche Kombination erforderlich. Angesichts der seit Jahrzehnten deutlich geringeren Zustimmungswerte auf der Konfliktdimension als auf der Konsensdimension ist das Verfahren der gleichgewichtigen, ska-

lenpunktabhängigen Dichotomisierung als Grundlage des Kombinationsindexes nicht sinnvoll. Daher wurde eine ungleichgewichtige Aufteilung vorgenommen, wobei für jede der Dimensionen getrennt der Mittelpunkt für über- bzw. unterproportionale Akzeptanz bestimmt wurde. Der Typus "undemokratisch" bezeichnet also solche Befragte, die die demokratischen Institutionen und Regeln sowohl in konfliktreichen als auch in konsensualen Situationen im Vergleich zu allen anderen Befragten unterproportional befürworten. Der Typus "konsensorientiert" umfaßt solche Befragte, die nur für konsensuale Situationen eine überproportionale Akzeptanz zeigen, in konfliktreichen Situationen jedoch die Demokratie einschränken würden. Umgekehrt erfaßt der Typus "konfliktorientiert" solche Befragte, die eine überproportionale Akzeptanz in Konfliktsituationen artikulieren, ohne jedoch gleichermaßen eine grundsätzliche Akzeptanz demokratischer Institutionen aufzuweisen. Der Typus "liberaldemokratisch" schließlich umfaßt solche Befragte, die sowohl auf der Konsens- als auch auf der Konfliktdimension überproportionale Zustimmung artikulieren (ausführlich zu dieser Typologie auf Grundlage der Skala von Wildenmann/Kaase 1968 siehe Westle 1996).

Literatur

- Almond, G. A./Verba, S., 1963: *The Civic Culture*. Princeton: Princeton University Press.
- Almond, G. A./Verba, S., 1980: *The Civic Culture Revisited*. Boston/Toronto: Little, Brown and Company.
- Brosziewski, A., 1997: (K)eine Zeit für Differenzen? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 49: 180-182.
- Citrin, J., 1974: Comment: The Political Relevance of Trust in Government. *American Political Science Review*, 68: 973-988.
- Coleman, J. S., 1988: Social Capital in the Creation of Human Capital. *American Journal of Sociology*, 94 Supplement, 95-120.
- Döring, H., 1990: Aspekte des Vertrauens in Institutionen - Westeuropa im Querschnitt der Internationalen Wertestudie 1981. *Zeitschrift für Soziologie*, 19: 73-89.
- Easton, D., 1965: *A Systems Analysis of Political Life*. Chicago/London: The University of Chicago Press.
- Fukuyama, F., 1995: *Trust - The Social Virtues and the Creation of Prosperity*. New York/London/Toronto/Sydney/Singapore: The Free Press.
- Gamson W. A., 1971: Political Trust and its Ramifications. S.41-55 in: Abcarian, G./Soule, J.W. (eds.): *Social Psychology and Political Behaviour*. Ohio: Columbus.
- Haug, S., 1997a: Stand der Forschung: Soziales Kapital - Überblick über Begriffsdefinitionen, verschiedene Dimensionen und Verwendungsweisen des Konzeptes. Mannheim, Projekt "Soziales Kapital"/MZES, Arbeitspapier 1.

- Haug, S., 1997b: Wie wird der Begriff "soziales Kapital" angewendet? Übersicht der theoretischen und empirischen Studien. Mannheim, Projekt "Soziales Kapital"/MZES, Arbeitspapier 2.
- Inglehart, R., 1989: Kultureller Umbruch - Wertwandel in der westlichen Welt. Frankfurt/New York: Campus.
- Kaase, M., 1996: Trust and Participation in Contemporary Democracies, Unpublished Paper, Conference on the Erosion of Confidence in Western Democracies, Society for Comparative Research. Brussels, 7.-9.Nov.
- Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1997, H.1: Tagungsberichte: "Differenz und Integration", Berichte über den 28. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden, 7-11. Oktober 1996: 178-194.
- Kielmansegg, P. Graf, 1990: Auf dem Weg zur demokratischen Reife? Überlegungen zur Entwicklung der politischen Kultur in der Bundesrepublik. S.199-220 in: Rudolph, H. (Hg.): Den Staat denken - Theodor Eschenburg zum Fünfundachtzigsten. Berlin: Siedler.
- Luhmann, N., 1973: Vertrauen - Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart: Ferdinand Enke, (2.erw.Aufl.).
- Misztal, B. A., 1996: Trust in Modern Societies. Oxford: Blackwell.
- Newton K., 1996: Social Capital, Trust, and Confidence in Advanced Democracies. Unpublished Paper, Conference on Erosion of Confidence in Advanced Democracies. Brussels.
- Putnam, R. D., 1992: Making Democracy Work, Civic Traditions in Modern Italy. Princeton: Princeton University Press.
- Putnam, R. D., 1993: The Prosperous Community. American Prospect, 13: 35-42.
- Putnam, R. D., 1995: Bowling Alone, America's declining Social Capital. Journal of Democracy, 6: 65-78.
- Sniderman, P. M., 1981: A Question of Loyalty. Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press.
- Sztompka, P., 1995: Vertrauen - Die fehlende Ressource in der postkommunistischen Gesellschaft. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 35: 254-276.
- Tocqueville, A. de, 1968: Democracy in America. London: Collins/The Fontana Library.
- Uslaner, E. M., 1996: Morality Plays: Social Capital and Moral Behavior in Anglo-American Democracies. Unpublished Paper, Conference on Social Capital in Europe, Milan.
- van Deth, J. W. (ed.), 1997: Private Groups and Public Life - Social Participation, Voluntary Associations, and Political Involvement in Representative Democracies. London: Routledge (ECPR-Publications).

Westle, B., 1989: Politische Legitimität - Theorien, Konzepte, empirische Befunde. Baden-Baden: Nomos.

Westle, B., 1996: Kollektive Identität im vereinten Deutschland - Nation und Demokratie in der Wahrnehmung der Deutschen, Universität Mannheim (Habilitationsschrift).

Wildenmann, R./Kaase, M., 1968: Die unruhige Generation - Eine Untersuchung zu Politik und Demokratie in der Bundesrepublik, Universität Mannheim.

Wright, J. D., 1976: The Dissent of the Governed. New York: Academic Press.